

Stellungnahme Familienforum zum HH-Entwurf 2026 / 2027

Kinder und Familien stärken – sie sind unsere Zukunft!

Unbestritten ist die Stadt Reutlingen in einer finanziell schwierigen Situation. Für einen genehmigungsfähigen Haushalt sind Einsparungen unumgänglich. Mehrbelastungen für Familien mit minderjährigen Kindern betrachten wir jedoch mit großer Sorge.

Auch in einer schwierigen Haushaltslage hat eine Kommune Gestaltungsmöglichkeiten. Wir möchten an dieser Stelle auf die im Jahr 2020 verabschiedeten Familienleitlinien als verbindlichen Orientierungsrahmen verweisen. Die Leitlinien verfolgen das Ziel, einen qualitativ hochwertigen Lebensraum für Menschen in unterschiedlichen familiären Situationen in der Stadt Reutlingen sicherzustellen. Dieser Richtwert wird durch die geplanten Kürzungen jedoch massiv unterschritten. Eine daraus resultierende Familienfreundlichkeit, auch im Sinne eines attraktiven Wirtschaftsstandorts der Stadt Reutlingen, ist unter diesen Voraussetzungen nicht gewährleistet. Die negativen Auswirkungen betreffen sämtliche Handlungsfelder der Familienleitlinien: 1. Wohnen und Stadtteile als Sozialräume für Familien, 2. Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Milderung sozialer Ungleichheit, 3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, 4. Bildung und Betreuung sowie 5. Gesundheit und Sicherheit.

Familien sind dadurch in den unterschiedlichsten Alltagssituationen mit den Konsequenzen der Kürzungen konfrontiert und müssen eine erhebliche Mehrfachbelastung tragen.

Der aktuelle Haushaltsentwurf sieht folgende **Maßnahmen** vor:

- * Beitragserhöhungen in Kindertageseinrichtungen
- * Erhöhung des Verpflegungsgelds in Kindertageseinrichtungen
- * Stellenkürzungen im Sozialamt
- * Wegfall des Gutscheineffts für Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren sowie für Erwachsene mit Behinderung
- * Schließung (mehrerer) Zweigstellen der Stadtbibliothek
- * Erhöhung der Beiträge für „sun & action“ sowie für die Spielstadt Burzelbach
- * Wegfall der Nachtbusse

Welche direkten Auswirkungen haben diese Maßnahmen für Kinder und Familien?

- Die geplanten Beitragserhöhungen in den Kindertageseinrichtungen treffen vor allem Familien mit mittlerem und niedrigem Einkommen ohne Anspruch auf wirtschaftliche Jugendhilfe. Der Zugang zu frühkindlicher Bildung darf nicht vom Einkommen abhängen.
- Stellenkürzungen im Sozialamt haben direkte Auswirkungen auf Familien:
 - Kindertageseinrichtungen müssen eventuell Öffnungszeiten reduzieren. Wenn Eltern ihre Arbeitszeit verringern müssen, hat das Auswirkungen auf das Einkommen und auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
 - Die Bearbeitung von Leistungen für Familien dauert länger. Familien müssen in Vorleistung gehen, bevor sie Zuschüsse erhalten.

- Das Reutlinger Gutscheineheft trägt zur Verbesserung der Chancengleichheit und zum Ausgleich von sozialen Benachteiligungen bei. Mit einer Kürzung der Zuschüsse verschärfen sich soziale Ungleichheiten.
- Die Schließung von Zweigstellen der Stadtbücherei erschwert den niederschweligen Zugang zu wohnortnahen Bildungsangeboten und kostenlosen Begegnungs- und Aufenthaltsräumen.
- Die Erhöhung der Beiträge für die Spielstadt Burzelbach und für „sun & action“ bedeuten eine Mehrbelastung für Familien, die auf Betreuung während der Sommerferien angewiesen sind.

Die Auswirkungen zeigen: Die Lastenverteilung ist nicht ausgewogen. Familien mit Kindern und Jugendlichen sind deutlich mehr betroffen als erwachsene Erwerbstätige ohne Kinder.

Die Stadt Reutlingen hat sich im März 2024 mit einem Gemeinderatsbeschluss (24/037/01) selbst verpflichtet, „aktiv gegen Kinder- bzw. Familienarmut vorzugehen und geeignete Maßnahmen umzusetzen, die die Teilhabechancen armutsgefährdeter Kinder und Jugendlicher verbessern.“ Insbesondere Familien mit niedrigem und mittleren Einkommen haben keine Möglichkeiten, die zahlreichen Mehrbelastungen zu kompensieren. Somit werden die Teilhabechancen für die Kinder verringert und ihr Armutsrisiko erhöht – Maßnahmen, die mit der Selbstverpflichtung der Stadt Reutlingen im Widerspruch stehen!

Zwei Fallbeispiele verdeutlichen, wie sich aufgrund der Sparmaßnahmen die **Lebensrealität von Familien verändert**.

Fallbeispiel 1:

Familie A lebt mit drei Kindern (4, 10, 12) in einem Reihenhaushaus am Stadtrand. Die Eltern arbeiten beide Vollzeit und verfügen über ein stabiles Einkommen. Die Familie nutzt kommunale Angebote wie Ganztagsbetreuung in der Kindertagesstätte / Schule, den Sportverein, Schul-AGs. Sie gehen regelmäßig ins Schwimmbad und in die nahegelegene Bibliothek. Schwimmbad und Bücherei sind gut erreichbar und qualitativ hochwertig. Sie nutzen das Ferienfreizeitangebot der Stadt, da die langen Schulferien überbrückt werden müssen.

Durch die kommunalen Sparmaßnahmen werden Ganztagsangebote in der Kita reduziert, Kitagebühren und Verpflegungsgeld steigen, die Ferienfreizeit der Stadt wird teurer und einige Schul-AGs entfallen. Das Schwimmbad verkürzt die Öffnungszeiten und die Bücherei vor Ort schließt. Für die Familie bedeutet das zusätzliche Belastungen: Die Eltern müssen Arbeitszeiten anpassen, private Alternativen suchen und höhere Kosten tragen. Durch den Verlust niedrigschwelliger lokaler Angebote, werden die Kinder in ihrer Autonomie und Teilhabe eingeschränkt.

Fallbeispiel 2:

Die alleinerziehende Mutter Frau B. lebt seit 7 Monaten mit ihren beiden Kindern (11 und 4 Jahre) in Reutlingen. Sie arbeitet 32 Stunden pro Woche und kann damit vollumfänglich mit Lohn, Unterhalt und Kindergeld für den Lebensunterhalt sorgen. Der 4-jährige besucht eine kommunale Kita, deren Öffnungszeiten bisher gut mit ihren Arbeitszeiten harmonierten. Durch kommunale Sparmaßnahmen werden die Kita-Öffnungszeiten reduziert. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht mehr gegeben. Frau B muss ihre Wochenarbeitszeit auf 24 Stunden reduzieren. Dadurch sinkt das Haushaltseinkommen um 500 € / Monat. Und so tritt das ein, was Frau B vermeiden wollte: sie muss Wohngeld und Kinderzuschlag beantragen. Doch auch auf der Wohngeldstelle wurde Personal abgebaut. Die Bearbeitung des Antrags kann sich über Monate hinziehen. Ohne Rücklagen muss die Familie mit dem reduzierten Einkommen auskommen. Die Familie gerät dadurch zunehmend in eine prekäre Lebenssituation.

Kinder, Jugendliche und Familien sind die Grundlage und die Zukunft unserer Gesellschaft. Investitionen in Bildung und soziale Teilhabe sind unverzichtbare Zukunftsaufgaben. An finanziellen Mitteln für die Förderung der Chancengleichheit darf nicht gespart werden, sonst sind langfristig höhere Kosten die logische Folge.

Wir fordern Sie als politisch Verantwortliche auf, Anträge einzubringen, damit keine multiplen Mehrbelastungen für Kinder und Familien entstehen. Wir fordern eine Prioritätensetzung zugunsten von Kindern und Familien und ein klares politisches Bekenntnis zur Selbstverpflichtung der Stadt Reutlingen. Wir fordern, mit einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Haushaltspolitik Kinder und Familien zu schützen und zu stärken. Dies ist Aufgabe und Verantwortung der gesamten Stadtgesellschaft.

Susanne Stutzmann

Claus Mellinger